

■ STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM

50 oder 51 – Puerto Rico: Kolonie, Bundesstaat oder Unabhängige Republik?

Und wieder hat es keiner bemerkt: Am 1. Juni 2008 gewinnt Hillary Clinton die Vorwahlen der demokratischen Partei in Puerto Rico mit 68 Prozent der Stimmen – aber dann taucht das Land plötzlich nicht mehr auf in jener Wahlnacht, als alle atemlos die Bundesstaaten der USA mitzählen, die nach und nach an den demokratischen Präsidentschaftskandidaten fallen. Was ist geschehen? Wo ist die Insel, und vor allem: wo sind die Stimmen ihrer Bewohner geblieben?

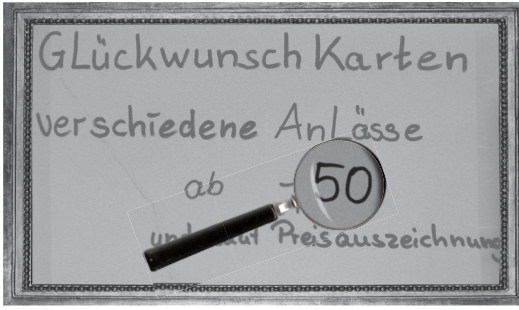
Puerto Rico sei, so schrieb die *Tagesthemen*-Redaktion anlässlich der Vorwahlen, »ein seltsames Konstrukt. Die Puerto Ricaner haben einen amerikanischen Pass. Sie dürfen bei den Vorwahlen mitstimmen, allerdings nicht bei der Präsidentschaftswahl im November«. ¹ Wahrlich seltsam, und mindestens ebenso seltsam scheint, dass nirgends erklärt wird, warum das so ist. Denn, dies wissen HistorikerInnen, gerade »Konstrukte« fallen nicht vom Himmel – und so müsste sich die aufmerksame Leserin eigentlich fragen, wer denn hier was konstruiert hat, und vor allem, warum. Oder anders ausgedrückt: Wenn Puerto Rico also nicht der 51. Staat der USA ist, was ist es dann? »Puerto Rico gehört den Vereinigten Staaten, aber es ist nicht die Vereinigten Staaten und auch kein Teil der Vereinigten Staaten« – dieses berühmte Diktum des republikanischen Senators Foraker aus dem Jahre 1900 gilt bis heute. ² Es ist die etwas kryptische Formulierung einer banalen Tatsache: Puerto Rico ist eine Kolonie, und die Bewohner der Insel besitzen bis heute keine vollen politischen Rechte. ³

Als Puerto Rico zusammen mit Kuba und den Philippinen im Jahre 1898 als Kriegsbeute von Spanien an die USA fiel, wurde die kleinste Insel der großen Antillen nicht, wie von der Bevölkerung erhofft, in die Unabhängigkeit entlassen. Die Bucht der Hauptstadt San Juan, der größte natürliche Hafen der Karibik, war (und ist) das Tor zum US-amerikanischen *Mare Nostrum* bzw. seit der Eröffnung des Panama-Kanals auch des Seewegs zum Pazifik. Einen derart wichtigen strategischen Stützpunkt wollte man nicht der Unberechenbarkeit einer eigenständigen Regierung überlassen, und so entschloss man sich zur Annexion. Nun passte aber der Besitz von Kolonien weder zur Verfassungstradition eines Staates, der selbst aus einem antikolonialen Kampf hervorgegangen war, noch zum Image eines selbsternannten Vorkämpfers für »Freiheit & Selbstbestimmung«. Insofern sah sich der Oberste Gerichtshof der USA um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gezwungen, allerlei juristische Kunststückchen zu vollführen, um den Zugriff auf die Insel verfassungsgemäß zu rechtfertigen.

1 www.tageschau.de, 2.6.2008. Mein Dank gilt José Alberto Álvarez Febles, Nelson Álvarez Febles und Celia Marina Romano für vielfältige Hinweise und ihre – nunmehr über 20 Jahre andauernde – Diskussionsbereitschaft.

2 Zit. nach: Ronald Fernández, *The Disenchanted Island. Puerto Rico and the United States in the Twentieth Century*, Westport 1996, S. 2.

3 Immer noch der beste Überblick: Raymond Carr, *Puerto Rico. A Colonial Experiment*, New York 1984.



nen männlichen US-Bürger konnten sogleich als Soldaten auf den europäischen Kriegsschauplatz geschickt werden, und seither haben Puertoricaner in allen Kriegen der USA mitgekämpft, von der Westfront des Zweiten Weltkriegs bis heute im Irak.

In den ersten Jahren nach 1898 setzte die puertoricanische Bevölkerung große Hoffnungen in ihre neuen Herren und erwartete, wenn schon nicht die Unabhängigkeit, so doch wenigstens die Aufnahme als vollwertiges Mitglied in den nordamerikanischen Staatenbund. Als immer deutlicher wurde, dass man sich wohl in beidem getäuscht hatte, regte sich allmählich Widerstand gegen das Kolonialregime.⁴ In den dreißiger Jahren entstand eine nationalistisch geprägte Unabhängigkeitsbewegung, die mit Erfolg die sich organisierenden Landarbeiter für ihre Ziele zu gewinnen suchte. Beide, die nationalen und die sozialen Bestrebungen wurden zwar zum Teil blutig unterdrückt, blieben aber langfristig nicht ohne Folgen: Zum einen war das Verhältnis zu den USA wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt worden, zum anderen hatten Massenstreiks auf den Zuckerplantagen die Aufmerksamkeit auf die brennenden Probleme der Bevölkerung gelenkt, die zunehmend unter den Lebensbedingungen litt, die die noch von den Spaniern geerbte Monokulturwirtschaft erzeugte. Mit dem Versprechen, sowohl den Status als auch die soziale Realität der Insel zu verbessern, gelang es der gemäßigt nationalistischen Partei der liberalen Bourgeoisie nach dem Zweiten Weltkrieg, den ersten selbstgewählten Gouverneur zu stellen, der sofort in Verhandlungen mit den Kolonialherren trat. Das Ergebnis wurde »Frei Assoziierter Staat« (*Estado Libre Asociado*, kurz: ELA) getauft und bestimmt bis heute das Verhältnis zum großen nördlichen Nachbarn: Die Insel gilt weiterhin als US-Territorium, eine selbstgewählte Exekutive und Legislative besitzt ungefähr die gleichen Rechte wie ein US-Bundesstaat, alle politisch und wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen werden in Washington gefällt, aber die Puertoricaner können weder an den Präsidentschafts- noch an den Kongresswahlen teilnehmen. Lediglich bei den Vorwahlen geben sie den exotischen Hintergrund ab für Inszenierungen, die auf die hispanische Wahlbevölkerung auf dem Festland zielen.

Durch die Formel des frei assoziierten Staates hat sich allen voran die US-Armee ihren Zugriff auf das Land gesichert, wo sie bis heute mit mehreren großen Militärbasen präsent ist. Gleichzeitig diente die Insel allen möglichen Interessenten, vom Militär bis zu den Pharmakonzernen, als frei zugängliches Experimentierfeld: Hier konnte das Entlaubungs Gift »Agent Orange« ungehindert im tropischen Regenwald getestet werden, bevor es in Vietnam zum Einsatz kam, und auch die Bevölkerung wurde zu Versuchszwecken missbraucht, allen voran die Frauen: An ihnen wurden in den fünfziger Jahren neue Verhütungsmittel wie Pille und Spirale getestet, lange bevor diese für die Frauen in Nordamerika und Europa als

4 Vgl. hierzu und zum Folgenden: Manuel Maldonado Denis, *Puerto Rico. Mito y Realidad*, Barcelona 1973.

tigen, ohne deshalb ihren Bewohnern die entsprechenden Rechte zugestehen zu müssen. Zunächst wurde dieses Konstrukt »nicht-inkorporiertes Territorium« genannt und von einem eingesetzten Gouverneur regiert. Im Jahre 1917 allerdings gewährte man den Einwohnern die US-Staatsbürgerschaft, und der Zeitpunkt ist kein Zufall: Die frischgebacke-

zumutbar galten. Später propagierte man die Sterilisation in großangelegten Kampagnen als das den undisziplinierten *tropical people* angemessene Verhütungsmittel, mit dem Ergebnis, dass noch zu Beginn der achtziger Jahre 40 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert waren. Dieses Programm – Verringerung der Geburtenrate und damit der künftigen Armen – war Teil eines großangelegten Modernisierungsplans, der nach 1952 mit Hilfe der USA in Gang gesetzt wurde, um Puerto Rico zum entwicklungspolitischen Vorbild für andere Länder zu machen – zum Schaufenster des US-Kapitalismus für ganz Lateinamerika.

In Rekordzeit wandelte sich die Insel von einer agrarisch geprägten in eine städtische Industriegesellschaft, unter nahezu hundertprozentiger Abhängigkeit von der US-Wirtschaft. So etablierten sich vor allem weiterverarbeitende Betriebe, die mit großem Gewinn rechnen konnten, da sie während der ersten zehn Jahre keine Steuern abführen mussten. Dies war als Investition gedacht und sollte sich schnell als Bumerang erweisen. Oftmals verlegten die Konzerne ihre Produktion nach Ablauf der Frist in andere Billiglohnländer und ließen eine verschuldete puertoricanische Regierung zurück, die die geforderten infrastrukturellen Verbesserungen in der Hoffnung auf spätere Steuereinnahmen auf Pump finanziert hatte. Im Süden der Insel lassen sich noch heute riesige Anlageruinen bestaunen, die vor allem die petrochemische Industrie den Menschen als bleibende Erinnerung an eine verfehlte Politik hinterlassen hat. Bis heute ist das Land vor allem ein Eldorado für Pharmakonzerne geblieben, die hier ohne die in den USA oder in Europa geltenden Umweltauflagen produzieren dürfen. Die Umweltorganisation »Misión Industrial« zählt Puerto Rico zu den am meisten verschmutzten Ländern der Erde.

Das eigentliche Ziel des Entwicklungsprogramms, die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Wirtschaftsbereichen, wurde ebenfalls nur teilweise erreicht. Die aus der – mittlerweile kaum noch funktionierenden – Landwirtschaft abwandernden Arbeiter fanden nicht alle neue Jobs in den Städten und sahen sich bald gezwungen, ihr Glück auf dem Kontinent zu versuchen, wo heute ca. zwei Millionen Puertoricaner leben. Doch als diese Auswanderungswelle gegen Ende der sechziger Jahre zum Erliegen kam, schnellte die Arbeitslosenrate auf der Insel rasch auf über 20 Prozent – und ist bis heute nur wenig gesunken. Noch immer lebt fast die Hälfte der Bevölkerung unter der US-Armutsgrenze, fast all diese Menschen ernähren sich mit Hilfe von Lebensmittelmarken eines Sozialhilfeprogramms. Dies hat dazu geführt, dass die eigene Produktion etwa von Nahrungsmitteln völlig zum Erliegen gekommen ist, während man mit den *cupones* in riesigen Supermärkten fast ausschließlich US-Produkte erwerben kann: »Es handelt sich«, so der Soziologe Gordon K. Lewis, »um eine koloniale Wirtschaft, die produziert, was sie nicht konsumiert, und die konsumiert, was sie nicht produziert.«⁵ Die Freihandelsabkommen der letzten Jahre haben die komplizierte Lage der puertoricanischen Wirtschaft zusätzlich verschärft, denn nun ist ihr auch der einzige Vorteil des »ELA-Status« abhanden gekommen, der privilegierte Zugang zum US-Markt. Heute ist das Bruttoinlandsprodukt der Insel kleiner als das der Bahamas oder Trinidad und Tobagos.

Und zur wirtschaftlichen Dauerkrise gesellt sich das, was man gemeinhin »soziale Kosten« nennt. Nach Schätzungen des ehemaligen Gesundheitsministers Dr. Alvarez de Choudens litten Ende der 1980er Jahre zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung an »psychischen Störungen und ihren Folgeerscheinungen«, womit vor allem das immense Suchtproblem auf der Insel umschrieben wird. Der Anteil sowohl der Alkoholiker als auch der schwer Drogensüchtigen, die sich vor allem in der Hauptstadt konzentrieren, liegt weit über dem US-

5 Zit. nach: Frauke Gewecke, Puerto Rico zwischen beiden Amerika. Zu Politik, Wirtschaft und Kultur einer Nation im territorialen Niemandsland (1898–1998), Frankfurt a. M. 1998, S. 103.



Durchschnitt. Die kleine Karibikinsel ist heute mit geschätzten 8–14 Tonnen Kokain monatlich der nach Mexiko zweit wichtigste Umschlagplatz für den US-Drogenmarkt.

Die Drogenproblematik ist zugleich die Wurzel jenen Übels, das die Puertoricaner am meisten betrifft und beschäftigt: die explodierende Kriminalität. Fast scheint es überflüssig

zu erwähnen, dass San Juan eine der Städte mit der höchsten Kriminalitätsrate der USA-Statistik ist, und dies vor allem in den Sparten »Mord und Totschlag« und »bewaffneter Raubüberfall«. Was dies konkret bedeutet, ist überall zu beobachten: Die Menschen leben buchstäblich hinter Gittern, mit denen sie ihre Häuser überfallsicher zu machen versuchen, man schließt sich ein und legt sich, je nach Geldbörse, einen privaten Wachmann, eine Alarmanlage oder zumindest eine Waffe zu. Die ständige Angst gehört zum Alltag, zu Fuß und auch im Auto bewegt man sich wachsam und misstrauisch, ist froh, nach dem Kino wieder heil zu Hause angekommen zu sein, und tauscht auf den Partys die neuesten Überfallgeschichten aus.

Vom »Modell Puerto Rico« ist also, fünfzig Jahre nach seiner Erfindung, wenig übrig geblieben. Stattdessen ähnelt die Insel einer heruntergekommenen Kopie, ja manchmal einer bitteren Parodie des *American Way of Life*, die verzweifelt versucht, dem großen Vorbild so ähnlich wie möglich zu sein. Hundert Jahre Kolonialismus und mehrere Generationen als Bürger zweiter Klasse haben ein Minderwertigkeitsgefühl hinterlassen, das tief in der puertoricanischen Kultur verankert ist. Umso erstaunlicher ist es also, dass eine große Mehrheit trotzdem bis heute nicht gewillt ist, *das* Symbol einer distinkten Identität aufzugeben: die eigene Sprache. Und genau dies wird in den nächsten Monaten, soviel lässt sich prognostizieren, der Schlüssel sein zur Beantwortung der Frage: 50 oder 51 US-Staaten? Denn mit dem Wahlsieg der Progressiv Nationalen Partei (PNP) bei den Gouverneurswahlen im November 2008 steht die *Estadidad*, die volle Aufnahme in den Staatenbund, wieder auf dem Programm, und ihre Anhänger sind diesem Traum, so scheint es, so nah wie nie zuvor in der Geschichte.

Das politische Leben Puerto Ricos wird seit Jahrzehnten von der Statusfrage beherrscht, die alle anderen Probleme immer wieder in den Hintergrund rücken lässt. Die beiden großen politischen Parteien, die jeweils etwas über 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, unterscheiden sich vor allem in diesem Punkt und haben zwischen 1968 und 2004 jeweils fünfmal den Gouverneur gestellt.⁶ Während die PNP für den Beitritt zu den USA plädiert, möchte die Demokratische Volkspartei (PPD) den Status Quo erhalten und damit verhindern, dass die Puertoricaner endgültig zu Nordamerikanern werden. Die in mehrere kleinere Fraktionen zersplitterte Unabhängigkeitsbewegung dagegen weiß heute höchstens noch fünf Prozent der Bevölkerung hinter sich – allerdings muss man dabei in Rechnung stellen, dass die *Independentistas* seit den fünfziger Jahren immer wieder schwersten Repressionen ausgesetzt waren, von jahrzehntelangen Haftstrafen über flächendeckende Bespitzelung bis hin zu politischen Morden. Aber der »Sozialisation der Angst« durch die beiden großen Parteien haben die Vertreter einer Unabhängigkeit wenig entgegenzusetzen, trotz aller Bemühungen gerade in den letzten Jahren, die Chancen auch einer autonomen

6 Vgl. hierzu und zum Folgenden: ebd., S. 91–123; dort auch die Wahlergebnisse bis 1994.

puertoricanischen Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung in konkreten Programmen herausarbeiten. Zu abhängig fühlt man sich von den diversen, in den letzten Jahren zwar massiv gekürzten, aber angeblich doch unverzichtbaren US-Hilfsprogrammen, zu groß ist die Angst vor einem Rückfall in katastrophale Armut, wie man sie auf den Nachbarinseln beobachten kann. Und zu weit fortgeschritten ist vielleicht auch die kulturelle Amerikanisierung, die den entgegen gesetzten Schritt als realistischeren Ausweg aus der Perspektivlosigkeit erscheinen lässt: Puerto Rico als 51. Staat der USA.

Während 1993, beim vorletzten Referendum zur Statusfrage, sich noch 48,4 Prozent für die Beibehaltung des ELA-Status Quo aussprachen und 46,2 Prozent für die volle Staatlichkeit, machte sich die Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Dauerstagnation fünf Jahre später bereits deutlich bemerkbar: Die Zustimmung zum Staatsprojekt stieg 1998 zwar nur unwesentlich auf 46,7 Prozent an (während sich 2,5 Prozent für die Unabhängigkeit aussprachen), der ELA jedoch wurde mit 0,1 Prozent deutlich abgewählt. Die Hälfte der WählerInnen machte stattdessen ihr Kreuzchen bei: nichts von alledem.

Die US-Regierungen fühlen sich an diese Plebiszite nicht gebunden, haben aber dennoch »Puerto Rico« wieder auf die politische Agenda gesetzt, wenngleich diesbezügliche Debatten im Kongress meist vor fast leerem Haus stattfinden. Allen Beteiligten scheint klar zu sein, dass sich etwas ändern muss – und so ergibt sich die kuriose Situation, dass eher rechte PNP'ler die »Unwürdigkeit des kolonialen Status« anprangern – bis vor kurzem der Sprachgebrauch der *Independentistas* – während Vertreter der US-amerikanischen Republikanischen Partei die puertoricanische »Nationalität und Identität« betonen, aus Angst, ein 51. Staat Puerto Rico könnte das interne Gleichgewicht zugunsten der *Hispanics* verschieben, die spanische Sprache in den USA weiter stärken und den Demokraten Wahlerfolge beschere. Ob man puertoricanischerseits allerdings bereit ist, diese als Preis für die Staatlichkeit aufzugeben, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Schließlich hatte man noch 1991 in einem landesweit übertragenen Festakt ein Gesetz verabschiedet, mit dem Englisch als zweite Amtssprache abgeschafft und Spanisch zur alleinigen Landessprache erklärt wurde – wofür »dem puertoricanischen Volk« von der spanischen Regierung der Literaturpreis »Principe de Asturias« verliehen wurde.

Insofern müssen sich die neuen Regierenden des PNP ein besonderes Verfahren ausdenken, wenn sie sich über diese letzten Residuen einer eigenständigen Identität hinweg- und die Staatlichkeit in dieser Wahlperiode durchsetzen wollen. In ihrem Wahlprogramm haben sie dafür explizit den »Tennessee-Plan« als *road map* benannt, nach dessen Muster die Staatlichkeit unilateral erklärt und dann in Washington eingefordert werden soll – so, wie es zuvor schon sieben Staaten, von Tennessee 1796 bis Alaska 1959, erfolgreich vorgeführt haben. Und da auch Barack Obama betont, dass Puerto Rico das Recht habe, wie ein vollwertiger Staat behandelt zu werden, scheint dem großen Ziel der *Estadistas*, der Ausrufung des 51. Bundesstaates der USA, wenig entgegenzustehen.⁷

Die breite anti-annexionistische Sammlungsbewegung, zu der im Sommer verschiedene puertoricanische Intellektuelle aufriefen, hat ihr Ziel jedenfalls nicht erreicht.⁸ Auf alle diejenigen PuertoricanerInnen also, die weiterhin finden, dass 50 US-Staaten genug sind, scheinen harte Zeiten zuzukommen.

7 Vgl. José Alberto Álvarez Febles, La Mega-Conspiración anexionista, in: Claridad, San Juan/Puerto Rico, 13., 20. und 27. März 2008; El Plan Tennessee, Autopista a la Estadidad?, in: Claridad, San Juan/Puerto Rico, 29.5.2008.

8 Ders., El Voto Unidad, in: Claridad, San Juan/Puerto Rico, 9.10.2008.